

Lfd. Nr.	043	Datum:	24.06.14	Zeitung:	GT
----------	-----	--------	----------	----------	----

Doppelter Anlass zur Freude

AUSTAUSCH Tauber besucht Pflegeheim Schloss Meerholz / Pflegestärkungsgesetze Thema

MAIN-KINZIG/GELNHAUSEN (red). Deutliche Verbesserungen in der pflegerischen Versorgung verspricht sich die CDU-geführte Bundesregierung von der Umsetzung der geplanten Pflegestärkungsgesetze noch in dieser Legislaturperiode. Über die Auswirkungen der Reform sprach der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Peter Tauber jetzt mit Christa Richard, Geschäftsführerin der Pflegeeinrichtungen Schloss Meerholz, sowie Pfarrer Martin Barschke, Geschäftsführer des Trägervereins der Pflegeeinrichtungen, der Inneren Mission Frankfurt. Dabei nutzte Tauber die Gelegenheit, den fast fertiggestellten Neubau der Meerholzer Pflegeeinrichtungen im Schlosspark in Augenschein zu nehmen. Schon in wenigen Wochen sollen 50 Bewohner aus dem Haupthaus in den modernen Neubau umziehen. In fünf Hausgemeinschaften finden dann jeweils zehn Bewohner ein neues, modernsten Ansprüchen gerecht werdendes Zuhause.

Sowohl Christa Richard als auch Martin Barschke begrüßen die geplanten Gesetzesänderungen im Bereich der Pflege. „Es geht grundsätzlich in die richtige Richtung – unabhängig mancher noch strittiger Details“, sagt Barschke. Durch das erste Pflegestärkungsgesetz sollen bereits zum 1. Januar 2015 die Leistungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen spürbar ausgeweitet und die Zahl der zusätzlichen Betreuungskräfte in statio-



Dr. Peter Tauber (links) im Gespräch mit Christa Richard und Martin Barschke. Foto: red

nären Pflegeeinrichtungen erhöht werden. So sollen ergänzende Betreuungsangebote künftig allen Pflegebedürftigen offen stehen. Zudem soll ein Pflegevorsorgefonds eingerichtet werden. Mit dem zweiten Pflegestärkungsgesetz sollen noch in dieser Wahlperiode der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff und ein neues Begutachtungsverfahren eingeführt werden. Die bisherige Unterscheidung zwischen Pflegebedürftigen mit körperlichen Einschränkungen und Demenzkranken soll dadurch wegfallen. Statt drei Pflegestufen soll es künftig fünf Pflegegrade geben, die der individuellen Pflegebedürftigkeit – insbesondere auch von Demenzkranken – besser gerecht werden.

Besonders die Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs ist für Christa Richard und Martin Barschke von zentra-

ler Bedeutung: An der raschen Umsetzung sei der Erfolg der Pflegereform zu messen, denn nur die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs führe letztlich zu mehr Zeit für die Pflege. Christa Richard meint ergänzend: „In der Praxis sollte damit auch ein erster Schritt hin zum dringend benötigten Bürokratieabbau in der Pflege verbunden sein.“

„Gesundheitspolitik ist ein zentrales Thema, dem die Union einen hohen Stellenwert einräumt – nicht nur, weil wir in einer immer älter werdenden Gesellschaft leben“, betonte Tauber. Er zeigte sich beeindruckt von der freundlichen Atmosphäre im Meerholzer Pflegeheim und versprach, sich auch weiterhin für die Belange der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen sowie der Betreuungseinrichtungen einzusetzen.